

Herrn Präsident
Mag. Dr. Harald Mahrer
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Zu Punkt **8.8**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes
vom 28.11.2024

Wien, am 07.11.2024

Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich am 28.11.2024

KEINE neuen Steuern und Abgaben!

Die wirtschaftliche Lage in Österreich ist durch Unsicherheit geprägt. Sowohl Unternehmen als auch Privatpersonen kämpfen mit den Auswirkungen globaler und nationaler Krisen, wie der Pandemie, dem Krieg in der Ukraine, den steigenden Energiepreisen und einer hohen Inflation. Vor diesem Hintergrund ist es von entscheidender Bedeutung, die Steuerlast nicht weiter zu erhöhen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern und den Wohlstand der Bürger zu schützen. Eine zusätzliche steuerliche Belastung könnte zu einer weiteren Verschärfung der Situation führen, die Kaufkraft verringern und die Investitionstätigkeit hemmen.

Im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten hat Österreich mit einer Abgabenquote von 43,6% einer der höchsten im EU-Raum. In den letzten Jahren ist diese Abgabenquote von 41,5 auf 43,6% gestiegen – und das obwohl zahlreiche politische Versprechungen einer diesbezüglichen Senkung gemacht wurden.

In Zeiten in denen sich die finanzielle Belastung der österreichischen Bevölkerung, aufgrund zahlreicher politischer Fehlentscheidungen, auf einem Allzeithoch befindet, ist die Forderung nach neuen Steuern völlig fehl am Platz. Nur Steuersenkungen fördern Innovation und Wirtschaftswachstum und geben der Bevölkerung die finanziellen Freiräume, die eine Wirtschaft benötigt, um auch langfristig bestehen zu können.

Daher stellen die unterfertigten Delegierten folgenden

ANTRAG

Der Präsident sowie die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden dringend aufgefordert, an die zukünftige Bundesregierung heranzutreten, um folgende Forderungen umzusetzen:

Klares „Nein“ zu Erbschafts- und Vermögenssteuern

Immer wieder werden Erbschafts- und Vermögenssteuern“ diskutiert und dabei oft als „Heilsbringer“ tituliert.

Vererbtes Vermögen ist kraft Gesetzes schon mehrfach besteuert worden. Willkürlich festgesetzte Grenzen, wie etwa 1 Million Euro, werden bei einer Erbschaft

eines Kleinunternehmens nicht selten überschritten, was zu Schließungen von ohnehin bereits stark belasteten Familienunternehmen führen würde. Der Anspruch einer freien Gesellschaft und eines funktionierenden Staates muss es sein, dass langfristiger Vermögensaufbau und die Weitergabe von Wohlstand an zukünftige Generationen ohne staatliche Hindernisse gewährleistet ist und Familienbetriebe auch in Zukunft bestehen können.

Keine neuen Steuern auf Konsumgüter

Vor kurzem sprach sich der Fiskalrat für eine Erhöhung der Steuern bei Produkten wie Zucker, Tabak und Alkohol aus. Bei einer europäischen Rekordabgabenquote und der immensen Teuerung der letzten Jahre, kommt es einer Verhöhnung der Bevölkerung gleich, Konsumgüter des täglichen Lebens zusätzlich zu besteuern.

Rücknahme der Haushaltsabgabe für Unternehmen

Diese Zusatzbelastung für die Betriebe in Zeiten der größten Wirtschaftskrise ist nicht tragbar. Bei der Haushaltsabgabe handelt es sich praktisch um eine Doppelbesteuerung, schließlich zahlt künftig jeder Haushalt sowieso die ORF Gebühr.

CO2-Steuer abschaffen

Die CO2-Steuer schwächt den Wirtschaftsstandort Österreich enorm, da Unternehmer wie auch Arbeitnehmer gleichermaßen unnötig belastet werden. Auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit leidet immens darunter – zusätzliche Kosten schaffen ein wirtschaftsfeindliches Umfeld, weshalb einige Unternehmen unweigerlich eine Verlagerung des Produktionsstandortes ins Ausland andenken.

Dieselprivileg muss Bestand haben

Staatliche Begünstigungen wie die Pendlerpauschale und das Dieselprivileg ermöglichen der Bevölkerung Mobilität und dadurch die notwendige Flexibilität auch und vor allem hinsichtlich der Arbeitsplatzwahl. Darüber hinaus wirken sie kostendämpfend für Unternehmen. Sie sind daher ein wesentlicher Faktor für die Wirtschaft und Arbeitskräfte aus dem ländlichen Raum. Die Abschaffung käme einer Erhöhung der Steuerlast gleich und würde sowohl den Wirtschaftsstandort als auch die Bevölkerung vor weitere finanzielle Probleme stellen.

KommR Bgm. Matthias Krenn
WKÖ-Vizepräsident

KommR Günter Burger
WKK-Vizepräsident, WP-Delegierter

NAbg. KommR Michael Fürtbauer
WP-Delegierter